Nr. 39. 36. Jahrg.

Morgen-Ausgabe.

10 Pfennig

Bezugspreis:
Vierteljährl. 6,75 Mk., monatl. 2,25 Mk. freiins Haus pünktlich zahlbar. Einzelne Nummern 10 Pfennig. Postbezug: Monatlich 2,25 Mk., exkl. Zustellungsgebühr. Unter Kreuzband für Deutschland u. Oesterreich-Ungarn 5,50 Mk., für das übrige Ausland 9,00 Mk., bei täglich einmaliger Zustellung 7,50 Mk. Postbestellungen nehmen an Dänemark, Holland, Luxemburg, Schweden und die Schweiz. Eingetragen in die Post-Zeitungs-Preisliste.
Der „Vorwärts" erscheint wochentäglich zweimal, Sonntags einmal.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Vorwärts
Berliner Volksblatt.
Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Anzeigenpreis:
Die achtgespaltene Kolonelzeile kostet 80 Pfg. „Kleine Anzeigen", das fettgedruckte Wort 40 Pfg. (zulässig 2 fettgedruckte Worte), jedes weitere Wort 20 Pfg. Stellengesuche und Schlafstellenanzeigen das erste Wort 50 Pfg., jedes weitere Wort 15 Pfg. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Teuerungszuschlag 50%. Familien-Anzeigen, politische und gewerkschaftliche Vereins-Anzeigen 60 Pfg. die Zeile. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 5 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Geöffnet von 9 Uhr früh bis 6 Uhr abends.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190—15197.

Mittwoch, den 22. Januar 1919.

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW. 68, Lindenstr. 3.
Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 11753—54.

Auf dem Wege zum Volksheer.

Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen Führer und Soldaten.

Der Kriegsminister veröffentlicht folgenden Erlaß:

An die Offiziere, die Unteroffiziere und alle ihnen gleichgestellten Angehörigen des Heeres:

Während sich das deutsche Heer unter Aufbietung der äußersten Kräfte über vier Jahre lang einer waffenstarrenden feindlichen Umwelt erfolgreich erwehrte, verschärften sich unter dem Druck der Kriegslasten in der Heimat die inneren Spannungen und führten in den Novembertagen des vorigen Jahres zu einem großen Bruch mit den alten Staatseinrichtungen. Die innere und äußere Geschlossenheit des deutschen Volkes drohte zu zerfallen, und unsere Feinde ringsum beeilten sich, die innere Not Deutschlands zu unserer rücksichtslosesten Beraubung auszubeuten, was unsere Waffen bis dahin verhindert hatten. Der mit der Umwälzung erhoffte Weltfrieden wurde uns Deutschen versagt, unsere Not wuchs. **Da galt es, vor allem einig zu bleiben.** Die besten Männer aller Parteien erkannten dies. Dem Rufe ihrer Führer folgend, stellten sich die Offiziere und Unteroffiziere den neuen Staatsgewalten zur Verfügung. Der große Riß wurde vermieden. Es blieben aber viele Hemmungen auf dem Wege zum **Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen Führern und Soldaten** zu beseitigen. Natürliche große Schwierigkeiten in der Uebergangszeit sind zu überwinden. Dazu läßt uns der denkbar härteste Druck von außen keine ruhige Entwicklungsfrist. Wir müssen uns vielmehr schrittweise mit Behelfsmaßnahmen vorwärts arbeiten.

Die Verordnungen vom heutigen Tage über Kommandogewalt, Stellenbesetzung, Anzug und Grußpflicht sind solche Maßnahmen. Sie eröffnen neue Wege des Wirkens, die mit Erfolg zu betreten dem bewährten Pflichtgefühl der Offiziere, Sanitätsoffiziere, Veterinäroffiziere, Beamten und Unteroffiziere in verständnisvollem Zusammenwirken mit den Soldatenräten gelingen muß. Zum Nächstnotwendigen rechne ich das Tragen der Uniform in den nun bis auf weiteres vorgeschriebenen Formen unter Abstreifen wilder, unordentlicher Bekleidungsstücke, die Veredelung der Haltung auf der Straße, die Uebung des gegenseitigen Grußes, die Aufnahme des Ausbildungsdienstes, insbesondere auch der ernsten beruflichen Weiterbildung der jungen Offiziere und Unteroffiziere innerhalb der Truppen, die eingehendste Zusammenarbeit mit den Soldatenräten, die Uebung der Pflege der Pferde, der Waffen und des Heeresgeräts und die Ausschaltung der Politik aus dem Gebiet der militärischen Dienstpflichten.

Der Tag der Bekanntgabe der Verordnungen läßt die Armee erkennen, daß der Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik und der Rat der Volksbeauftragten im Zusammenarbeiten mit dem Kriegsministerium hierbei jeden Nebenzweck ausschloß. Die Verordnungen konnten weder die Wahl beeinflussen, noch durch ihr Ergebnis beeinflußt werden. Ihre Quelle ist der rein sachliche feste Wille, auf der Bahn der Gesundung fortzuschreiten. Jeder einzelne muß auf dieser Bahn marschieren und sich mit Wort und Beispiel, Tat und Opfer dafür einsetzen. Niemand darf im Hader und Haß verharren, unsere Wehrhaftigkeit kann nur gesunden, wenn wir **auf dem Wege der Arbeit und der Pflichterfüllung uns die Bruderhände reichen.**

Berlin, 19. 1. 19.

Der Kriegsminister.
Reinhardt.

*

Die Oberste Kommandogewalt hält der vom Zentralrat der Deutschen sozialistischen Republik gewählte Rat der Volksbeauftragten inne. Die Ausübung der Kommandogewalt ist dem preußischen Kriegsminister übertragen, der für die Art der Kommandoführung dem Rat der Volksbeauftragten verantwortlich ist. Seinen Verfügungen und Anordnungen, die vom Unterstaatssekretär gegenzuzeichnen sind, haben alle Heeresangehörigen des preußischen Kontingents Folge zu leisten. Bei den Generalkommandos und anderen Formationen sind Soldatenräte zu wählen. Sie überwachen die Tätigkeit der Führer in der Richtung, daß die letzteren ihre Dienstgewalt nicht zu Handlungen gegen die bestehende Regierung mißbrauchen. An der Wahl der Soldatenräte beteiligen sich grundsätzlich alle Angehörigen der betreffenden Formationen. Die Soldatenräte sind nicht befugt, sich in Angelegenheiten zu mischen, die anderen militärischen Dienststellen oder der Zivilverwaltung obliegen.

Die Stellenbesetzung ist Sache des Kriegsministeriums. Die Soldatenräte sind nicht befugt, Führer selbst abzusetzen oder auszuschalten. **Unteroffiziere und Mannschaften können als Zugführer in Offiziersstellen gewählt werden.** Jedem Heeresangehörigen steht der Weg zur Anzeige oder Beschwerde an seinen Soldatenrat offen.

Die bisherigen als Rang- und Gradabzeichen dienenden Achselstücke und Tressen sind nach Rückkehr in den Standort sofort abzulegen. Als Gradabzeichen tragen Offiziere und Unteroffiziere am linken Rockärmel dunkelblaue Tuchstreifen an. Waffen dürfen nur im Dienst getragen werden. Als Besatzstreifen der Mütze wird die Kokarde in Landesfarben getragen. Friedensorden werden im Dienst zur Uniform nicht getragen. **Einen einseitigen Grußzwang des Untergebenen gegenüber dem Vorgesetzten gibt es nicht mehr.** Dagegen besteht für beide Teile die Pflicht, sich gegenseitig zu grüßen, wobei der jüngere und im Dienstgrade niedere dem älteren zuvorkommen muß. Die Grußpflicht ruht im Weichbild größerer Städte, in belebten öffentlichen Räumlichkeiten, wie innerhalb aller Menschenansammlungen.

Das Frontmachen, Stillstehen und Vorbeigehen in grader Haltung sind abgeschafft.

Voraussichtliche Beendigung des Streiks in Oberschlesien.

Eine Erklärung der Gewerkschaftsführer.

Königshütte, 21. Januar. (Telunion.) Zu dem Streik im oberschlesischen Bergwerksrevier wird der „Telegraphen-Union" folgendes mitgeteilt: Die Führer der Bergarbeiterorganisationen haben mit Hinsicht auf die wirren Verhältnisse und die fortdauernden Streiks folgende Erklärung abgegeben: Seit Wochen werden die Führer der Organisationen von den Bergarbeitern in der elendsten Weise beschimpft und des Verrates bezichtigt. Dies muß den besten Führer, den aufrechtest denkenden Menschen schließlich ins Grab bringen, wenn er dauernd und immer wieder trotz ehrlicher Gewerkschaftsarbeit des Verrats beschuldigt wird. Die Ungerechtfertigkeit der Forderungen, namentlich der Forderung von 800 Mk., sei schon von den Regierungsvertretern klar nachgewiesen worden, und der Streik sei und bleibe in diesem Moment ein Verbrechen an der ganzen deutschen Bevölkerung. Der neue Staat trete energisch für die Forderungen der Bergarbeiter und überhaupt aller Arbeiter ein, bis zur Grenze des Möglichen. Es dürfte aber darum von den Bergarbeitern die Arbeit der Regierung nicht durch wilde Streiks gestört werden. Es wurde dann der Beschluß gefaßt, erstens die Forderung von 800 Mk. fallenzulassen, zweitens, die Arbeit auf allen Gruben wieder aufzunehmen, drittens, das Militär soll aus allen Gruben zurückgezogen werden, viertens, das Absetzen von mißliebigen Beamten wird nicht durch von den Belegschaften unternommen, sondern, wo ein Beamter sich verfehlt hat, die Arbeitsgemeinschaft der Organisationen angerufen und von ihr das Material geprüft werden. Unterschrieben ist diese Erklärung vom Bergarbeiterverband Deutschlands, vom Gewerkverein der christlichen Bergarbeiter, von der polnischen Berufsvereinigung und vom Hirsch-Dunckerschen Verband.

Bei der heutigen Frühschicht betrug die Zahl der Streikenden 35 000; man erwartet jedoch, daß im Laufe des morgigen Tages die Arbeit laut Beschluß wieder aufgenommen werden wird.

Der Ausstand der Elektrizitätsarbeiter nötigt uns, die heutige Morgenausgabe in verringertem Umfang erscheinen zu lassen.

Verlag und Redaktion des „Vorwärts".

Keine Aufhebung oder Milderung der Blockade.

Wir brachten in der gestrigen Abendnummer eine Meldung des sonst sehr zuverlässigen „Hollandsch Nieuwsbureau" über Aufhebung der Hungerblockade. Im Gegensatz zu dieser Nachricht meldet nun Wolff:

*

Berlin, 21. Januar. Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, ist die von anderer Seite verbreitete Nachricht über Aufhebung der Blockade unzutreffend. Es sind im Gegenteil alle erbetenen Milderungen glatt abgelehnt worden. So dürfen unter anderem an Kohlenlieferungen für Dänemark keine Bedingungen geknüpft werden, und die Dampfer müssen sogar leer zurückfahren. Selbst die Bitte der deutschen Regierung um Freigabe des Seeweges, um Lebensmittel von Ostpreußen nach Mitteldeutschland zu befördern, wurde von der Entente abschlägig beschieden.

Zusammentritt der österreichischen Nationalversammlung am 20. Februar.

Wien, 21. Januar. (T. U.) Nach Meldungen Wiener Blätter tritt die österreichische Nationalversammlung, deren Wahlen am 16. Februar stattfinden, bereits am 20. Februar zusammen. Der wichtigste Antrag betrifft den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich. Man rechnet mit der Verschmelzung des Staatsgebiets Deutschösterreichs mit Deutschland bereits zum 1. April.

Oberst House nicht gestorben. Nach einer Havasmeldung empfing Wilson den in der Presse irrtümlich totgesagten Obersten House, der nach schwerer Erkrankung wieder genesen ist.

Die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung.

Die bisherige Zusammenstellung der Wahlergebnisse im Reiche zeigt, daß die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen von der Mehrheit in der Nationalversammlung weniger weit entfernt bleiben werden, als anfangs zu vermuten war. Woraus sich mit der allergrößten Wahrscheinlichkeit der Schluß ergibt, daß die Partei einen glatten Sieg errungen hätte, wenn sie, wie das in früheren Zeiten eine Selbstverständlichkeit war, einig und geschlossen in den Wahlkampf eingetreten wäre.

Was zunächst Berlin betrifft, so ist es im Wandel der Zeit, durch Krieg und Revolution, eine durchaus sozialistische Stadt geblieben. Von 1 002 671 Stimmen entfielen 641 479 auf die beiden sozialdemokratischen Parteien, die insgesamt neun von vierzehn Mandaten besetzen dürfen. Aber auch die Bürgerlichen mit ihren 361 192 Stimmen erscheinen als eine nicht unbeträchtliche Macht. Das System der Verhältniswahl kennt keine „aussichtslosen Kreise" und darum keine politische Passivität. Jede Partei hat Aussicht am Erfolg mitbeteiligt zu werden, auf jede Stimme kommt es an. Und so kann man erleben, daß schon totgeglaubte Gäule wieder recht kräftig um sich zu schlagen beginnen.

Die Spaltung der sozialistischen Stimmen in Mehrheit und Minderheit ist unter diesen Umständen ein wenig zeitgemäßer Luxus. Die Unabhängigen erscheinen in Berlin stärker als sie vermutlich selbst erwartet hatten. Offenbar hat hier die Niederwerfung des Spartakus-Aufruhrs auf die Gemüter vielfach anders gewirkt als in den meisten anderen Gegenden Deutschlands. Die Sympathie vieler Arbeiter neigt zu den Besiegten — nicht wegen ihrer Ideen, sondern weil sie die Besiegten sind, und das tragische Ende der Spartakusführer war nur geeignet, diese Sympathien zu verstärken. Von solchen Gefühlen bewegt, begreifen viele Berliner Arbeiter noch nicht recht, daß die Sozialdemokratie gehandelt hat, wie sie handeln mußte zur Verteidigung der sozialdemokratischen Grundsätze und der höchsten Interessen der Arbeiterbewegung. Wir zweifeln nicht daran, daß bei späterer ruhigerer Ueberlegung diese Einsicht kommen wird. Die Unabhängigen verdanken einer gefühlsmäßigen Regung, die sie geschickt und skrupellos auszunutzen verstanden, in Berlin einen Augenblickserfolg.

Trotzdem hat die Mehrheitspartei selbst in Berlin ihre Stellung als Mehrheit mit einem Vorsprung von fast 100 000 Stimmen behauptet, ein Beweis, daß das sozialistische Berlin, genau so wie das sozialistische Reich, in seiner erdrückenden Mehrheit für bolschewistische Methoden nichts übrig hat.

Die 275 915 Wähler der Unabhängigen sind gewiß zum allergrößten Teil keine Spartakisten und Bolschewisten, sondern Sozialdemokraten mit einer gefühlsmäßigen Neigung zum — scheinbar — größeren Radikalismus. Aber selbst, wenn sie allesamt Bolschewisten und Anhänger terroristischer Methoden wären, so wären sie immer nur 275 915 gegen 727 756 Berliner Wähler und Wählerinnen, die sich durch ihr Votum als unzweideutige Gegner des Terrors bekannt haben.

Das ist die Bedeutung der Berliner Wahl: Zweidrittelmehrheit für den Sozialismus, Dreiviertelmehrheit gegen jede Vergewaltigung der Demokratie.

Betrachtet man die Verhältnisse im Reiche, so erscheint der Name der alten Sozialdemokratie als „Mehrheitspartei" in noch viel höherem Maße berechtigt. Es dürften insgesamt fünf- bis sechsmal mehr sozialdemokratische Stimmen abgegeben worden sein als unabhängige. Die „Freiheit" selbst muß gestehen, daß ihre Partei, die als bescheidene Gruppe in der Nationalversammlung erscheinen wird, noch keine Reichspartei ist. „Reichspartei" könnte sie aber nur werden durch weitere Abbröckelung von der alten Partei, was eine weitere Schwächung für das Ganze bedeuten würde. Darum wird, glauben wir, unter den Arbeitern im Reiche sehr wenig Neigung bestehen, die Unabhängigen noch zu einer Reichspartei werden zu lassen.

Auf alle Fälle wird die Sozialdemokratie in der Nationalversammlung so stark auftreten, daß ihre Ausschaltung auf dem Wege der bürgerlichen Sammlung unmöglich wird. Unendlich viel wird davon abhängen, ob die Partei der Deutschen Demokraten genug demokratische Ueberzeugung und soziales Verständnis aufbringen wird, daß zwischen ihr oder einem Teil von ihr und der Sozialdemokratie ein nutzbringendes Arbeiten möglich wird. Sie wird das Zünglein an der Wage bilden, und von ihrer staatsmännischen Einsicht wird es großenteils abhängen, ob das

Schiff der neuen deutschen Reichsverfassung ohne neue schwere Stürme in den Hafen eingebracht werden kann.

Im übrigen berechtigen uns die Wahlen zu der Hoffnung, daß das heute noch Fehlende bald nachgetragen werden wird, und daß der erste Reichstag der Republik, der noch in diesem Jahre zu wählen ist und der selbstverständlich in Berlin tagen muß, eine sozialdemokratische Mehrheit haben wird.

Geplante Besetzung Petersburgs durch Finnen und Esten.

Kopenhagen, 21. Januar. (Telunion.) Nach einer Meldung aus Helsingfors sollen estnische und finnische Truppen den Auftrag erhalten haben, Petersburg zu besetzen. Das „Dagbladet" schreibt dazu, daß die Operationen gegen Petersburg wahrscheinlich von Richtung Pleskau her erfolgen werden. Natürlich müßten dann auch die Finnen und Esten die Verantwortung für die Ernährung der Hauptstadt tragen.

Narwa von den Bolschewisten gesäubert.

Stockholm, 21. Jan. (T.U.) Das estnische Hauptquartier meldet, daß Narwa zurückerobert, große Beute und viele Gefangene gemacht wurden. Trotzki, der persönlich die Bolschewisten zum Widerstand anfeuerte, ergriff die Flucht.

Keine Zulassung russischer Delegierter auf der Friedenskonferenz.

Zürich, 21. Jan. (T.U.) Nach einer Meldung des „Secolo" hat der Verband beschlossen, keine russische Delegation zur Friedensdelegation zuzulassen.

Polnische Umtriebe in Schlesien.

Zersplitterungstendenzen. — Landesverrat.

In den letzten Tagen sind führende großpolnische Elemente in Oberschlesien dazu übergegangen, offen Landesverrat zu treiben. Gleichzeitig mehren sich die Fälle, in denen in großpolnischem Fahrwasser segelnde Geistliche ihre Gemeindemitglieder zum Landesverrat aufzustacheln versuchen. Die Staatsanwaltschaft hat bereits Verhaftungen veranlassen müssen. Ein in Beuthen anwesender Rechtsanwalt hat die Stirn gehabt, von dem Volksrat zu Breslau, Zentralrat für die Provinz Schlesien, die Freilassung der Verhafteten zu verlangen, und diese Forderung damit zu begründen versucht, daß er vom obersten polnischen Volksrat beauftragt sei, über das Wohl der für die großpolnischen Ideen werbenden deutschen Reichsangehörigen zu wachen. Damit ist erwiesen, daß auch in Oberschlesien die Anhänger der Lostrennung Oberschlesiens vom Reiche versuchen, noch vor der Entscheidung durch den Friedenskongreß vollendete Tatsachen zu schaffen und vor Anschlägen auf die Sicherheit des Reiches nicht zurückschrecken. Der Volksrat zu Breslau, Zentralrat der Provinz Schlesien, hat geeignete Schritte unternommen, um diesem landesverräterischen Treiben ein Ziel zu setzen.

Freiwillige vor!

Eine sozialdemokratische Truppe für den Ostschutz.

Auf Ansuchen der 4. Infanterie-Division in Bromberg wurde heute eine gut ausgerüstete Maschinengewehr-Kompagnie nebst Infanteriemannschaften von der Republikanischen Schutztruppe im Reichstage (früher: Freiwilliger Hilfsdienst der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands) nach Bromberg gesandt. Das Werbebureau der Schutztruppe im Reichstage hat den Auftrag, weitere Mannschaften aller Waffengattungen für den gleichen Zweck anzuwerben. In Frage kommen nur gediente Leute mit Uniform. Angesichts der dringenden Hilferufe, insbesondere der Arbeiterschaft und der ärmeren Bevölkerung aus den östlichen Gebieten des Reiches hofft das Werbebureau auf raschen und großen Zuspruch.

Generalstreiksdrohungen im mitteldeutschen Braunkohlenrevier.

Halle, 21. Januar. Bei den Massendemonstrationen der Unabhängigen für Liebknecht und Rosa Luxemburg am Montag nachmittag, in denen die Bergarbeiter der Umgebung besonders stark vertreten waren, wurde, wie die „Saalezeitung" berichtet, von einem Redner mitgeteilt, daß der Bergbaubetrieb unter die Kontrolle des Bezirks-Arbeiter- und Soldatenrats in Merseburg gestellt sei, und daß die Belegschaften den Generalstreik beschlossen hätten für den Fall, daß die Sozialisierung des Bergbaues im Oberbergamtsbezirk Halle auf den Widerstand der Bergbauverwaltung stoße und die Regierung Ebert-Scheidemann-Noske nicht abdanken sollte.

In Halle sind die Beamten und Arbeiter des Rangierbahnhofs in den Streik eingetreten. Auch die Eisenbahnwerkstättenarbeiter haben sich ihnen angeschlossen. Es handelt sich insgesamt um 5000 Mann.

In Braunschweig ist ein Generalstreik infolge des Todes Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs ausgebrochen. Der Straßenbahnverkehr ist Montag und Dienstag eingestellt worden; auch der Telephon- und Fernsprechverkehr war zeitweilig unterbrochen.

In Posen hat die Gasanstalt infolge Kohlenmangels den Betrieb einstellen müssen. Es gibt weder Koch- noch Leuchtgas in der Stadt.

Bayern und die Pfalz sind eins.

Irrtümlicher Protest.

Die Korrespondenz Hoffmann meldet halbamtlich:

In einer Berliner Mitteilung über den Verfassungsentwurf für das Deutsche Reich wird ausgeführt, daß gelegentlich der Einteilung Deutschlands in verschiedene Republiken die Pfalz von dem Gebiet des Staates Bayern abgetrennt werden soll. Mehrfach hat gerade in neuerer Zeit die bayerische Presse aller Richtungen auf die enge Zusammengehörigkeit Bayerns mit der Pfalz und die Notwendigkeit der einheitlichen Verwaltung des bayerischen Staatsgebietes hingewiesen. Wenn neuerlich der Plan auftauchen sollte, bayerische Gebiete von Bayern zu trennen, so würde das nur beweisen, daß man in Verkennung der Rechte der einzelnen deutschen Freistaaten und ihrer Bevölkerung Vorschläge erörtert, deren Ausführung als ausgeschlossen gelten muß. Ueber eine Loslösung bayerischer Gebietsteile von Bayern hat niemand anders zu entscheiden, als das bayerische Volk selbst, das mit aller Deutlichkeit jede Einmischung in seine Verhältnisse grundsätzlich ablehnt. Bayern und die Pfalz sind seit mehr als hundert Jahren eng vereint. Sie sind wirtschaftlich und politisch auf einander angewiesen. Hier wie dort besteht nicht die geringste Neigung zu einer Trennung.

Der Entwurf der deutschen Reichsverfassung überläßt die Gebietsteilung vollkommen den einzelnen Staaten und Volksstämmen. Nicht von der Reichsleitung aus, sondern von den in Frage kommenden Gebietsteilen soll die territoriale Neuordnung vorgeschlagen werden und nur die Interessen der Bevölkerung dieser Gebietsteile sollen dabei entscheidend sein. Der Protest Bayerns geht also von irrtümlichen Voraussetzungen aus.

Wahlergebnisse.

Soweit bisher die Ergebnisse vorliegen, werden der Nationalversammlung 166 Sozialdemokraten angehören. Natürlich könnte sich diese Zahl bei der Feststellung der amtlichen Resultate noch um einige erhöhen oder erniedrigen, aber zwischen 160 und 170 Mandate wird die Sozialdemokratie zweifellos haben. Im einzelnen zeigt sich folgendes Bild:

Ostpreußen	7	Sozialdemokr.	von 14	Mandaten
Westpreußen	5	„	„ 11	„
Berlin	5	„	„ 14	„
Potsdam	8	„	„ 10	„
Teltow-Beeskow	8	„	„ 9	„
Frankfurt a. O.	4	„	„ 8	„
Pommern	5	„	„ 11	„
Posen	4	„	„ 14	„
Breslau	6	„	„ 12	„
Oppeln	5	„	„ 15	„
Liegnitz	4	„	„ 8	„
Magdeburg-Anhalt	7	„	„ 11	„
Halle-Merseburg	1	„	„ 9	„
Schleswig-Holstein	5	„	„ 11	„
Aurich-Osnabrück-Oldenburg	2	„	„ 7	„
Hannover	7	„	„ 16	„
Münster-Minden	4	„	„ 18	„
Arnsberg	7	„	„ 16	„
Hessen-Nassau	7	„	„ 15	„
Köln-Aachen	8	„	„ 13	„
Köln-Trier	2	„	„ 12	„
Düsseldorf-Ebberf.	8	„	„ 12	„
Düsseldorf-Ost	8	„	„ 11	„
Oberbayern	6	„	„ 15	„
Niederbayern	2	„	„ 10	„
Franken	5	„	„ 15	„
Pfalz	8	„	„ 6	„
Ostsachsen	7	„	„ 12	„
Leipziger Bezirk	2	„	„ 8	„
Westsachsen	8	„	„ 12	„
Württemberg	7	„	„ 17	„
Baden	4	„	„ 14	„
Hessen	4	„	„ 9	„
Meckleng.-Schwerin	3	„	„ 6	„
Thüringen	5	„	„ 14	„
Hamburg-Bremen	7	„	„ 12	„

Das macht zusammen 166. Wie gesagt, kann sich die Zahl noch um einige Mandate verschieben. Posen und Pommern liegen bisher nur in Teilresultaten vor, die noch kein ganz übersichtliches Bild geben.

Die Unabhängigen werden es auf rund 25 Mandate bringen. Bisher sind angegeben: Berlin 4, Potsdam 8, Teltow-Beeskow 1, Halle-Merseburg 6, Hannover 1, Arnsberg 1, Düsseldorf 2, Düsseldorf-Ost 3, Franken 1, Leipziger Bezirk 3, Thüringen 3 und Hamburg-Bremen 1. Dazu kommt vielleicht noch ein Sitz in Westpreußen, aber ob die übrigen Zahlen nicht zu hoch angegeben sind, ist noch zweifelhaft. Ueber 30 Mandate werden die Unabhängigen in keinem Falle hinauskommen, und die beiden sozialdemokratischen Parteien zusammen werden zwischen 190 und 200 Mandate haben.

Die Nationalversammlung sollte ursprünglich in 37 Kreisen mit 433 Abgeordneten gewählt werden. Da aber in Elsaß-Lothringen keine Wahlen stattfinden können, bleiben nur 36 Kreise mit 421 Abgeordneten. Ob etwa für die besetzten Gebiete Posens, in denen nicht hat gewählt werden können, noch nachträglich eine Kürzung der Mandatzahl für die Provinz Posen stattfindet, ist ungewiß, aber unwahrscheinlich. Die Nationalversammlung würde also 421 Abgeordnete zählen, und die Mehrheit würde 211 betragen. Diese absolute Mehrheit hat die Sozialdemokratie nicht erreicht, es fehlen ihr dazu ein bis anderthalb Dutzend Mandate. Im übrigen aber darf die deutsche Sozialdemokratie stolz darauf sein, daß fünfzehn bis sechzehn Millionen Wähler für sie gestimmt haben. Sie ist eine wahre Volkspartei; sie ist die Partei des deutschen Volkes.

Teltow-Beeskow.

	Stimmen	Mandate
Liste Ebert (S. P. D.)	315 993	3
„ Zubeil (U. S. P.)	186 432	1
„ Dernburg (Dem.)	185 483	2
„ Traub (Dnat.)	117 447	2
„ Kahl (D. Vp.)	95 300	1
„ Schönborn (Ztr.)	33 041	0

Dieses Ergebnis wird uns vom Magistrat Charlottenburg mitgeteilt. Die Zuteilung von 2 Mandaten an die Listen Traub kann sich nur aus der Verbindung mit Kahl und Schönborn erklären.

Potsdam.

(Vorläufig.) Gewählt sind voraussichtlich: Fünf Mehrheitssozialisten, ein Unabhängiger, zwei Deutsch-Demokraten, zwei von den verbundenen Parteien und zwar je ein Deutschnationaler und ein Mitglied der Deutschen Volkspartei.

Frankfurt a. O.

(8 Sitze): Mehrheit 321 115, 4 Abgeordnete, darunter Wels, Schumann, Giebel; Deutsche Demokratische Partei 138 223, 2 Abgeordnete; Deutsch National 120 082, 2 Vertreter; darunter Bruhn; Deutsche Volkspartei 20 219, Christliche Volkspartei 10 741, Unabhängige 4342; einige kleine Bezirke fehlen.

Ostpreußen.

In Ostpreußen sind abgegeben: Mehrheitssozialisten 343 419, Deutsch-Demokraten 146 157, Deutschnationale 89 210, Zentrum 65 920, Deutsche Volkspartei 63 485, Unabhängige 40 257 Stimmen. Nach den bisherigen Wahlergebnissen würden erhalten: Sozialdemokraten 7, Demokraten 3, Deutsche Volkspartei 1, Zentrum 1, Deutschnationale Volkspartei 2 Sitze. Aus vier Teilbezirken steht das Ergebnis noch aus.

Bromberg-Stadt.

Wahlvorschlag Hermann (Deutsche Demokratische Partei) 3109, Sagave (Christliche Volkspartei [Zentrum]) 2032, Reinicke (Deutsche Volkspartei) 9476, Georg Schultz (Deutsch-Nationale Volkspartei 3985, Schulz (S. P. D.) 8118.

Pommern.

Vorläufige amtliche Feststellung S. P. D. 327 849 — 5 Abgeordnete, deutschnationale Volkspartei 197 697 — 3 Abgeordnete, Demokraten 175 563 — 3 Abgeordnete, deutsche Volkspartei 85 952 — 1 Abgeordneter. Die übrigen Parteien (Unabhängige, pommersches Zentrum und christliche Volkspartei) fallen aus.

Mecklenburg-Lübeck.

(Vorläufig.) Mehrheitssozialisten 222 119 8 Sitze (Starosson, Stelling, Krüger). Deutschnationale Volkspartei 59 055 1 Sitz (Briese). Deutsche demokratische Partei 135 563 2 Sitze (Wendorff, Sivkovich). Mecklenburgischer Landbund (Meyer) 10 925). Deutsche Volkspartei (Faull) 19 787.

Oldenburg-Osnabrück-Aurich.

S. P. D. 147 782 (2), U. S. P. 23 205 (—), Demokraten 127 992 (2), Dt. Volksp. 68 287 (1), Deutschnat. Volksp. 9610 (—), Zentrum 125 981 (2).

Cassel-Land.

S. P. D. 20177, U. S. P. 298, Demokraten 3237, Zentr. 187, Deutschnat. Volksp. 2492, Dt. Volksp. 241.

Halle Saale-Stadt.

Ein Stimmbezirk steht noch aus. S. P. D. (Thiele) 15 726, Unabhängige (Kunert) 39 198. Deutschnationale Partei (Graf Poladowsky) 11 508. Demokratische Partei (Delius) 28 573, Christliche Volkspartei 1568, Deutsche Volkspartei 1551, Angestelltenpartei 6.

Köln-Stadt.

S. P. D. 113 615, Zentrum 118 420, Deutsche Demokratische Partei 33 861, Deutsche Volkspartei 16 470, Deutschnationale Volkspartei 8 744, Unabhängige 4197.

Köln-Land.

Das Wahlergebnis von Köln-Land ist folgendes: Zentrum 21 552, S. P. D. 13 725, deutsch-demokratische Partei 1208, deutsche Volkspartei 821, deutsch-nationale Volkspartei 173, Unabhängige Sozialdemokratie 137.

Köln-Aachen.

25. Wahlkreis. (Endgültiges Wahlergebnis.) Zentrum 611 435, S. P. D. 253 663, Deutsche Demokraten 77 839, Deutsche Volkspartei 35 955, Deutschnationale Volkspartei 32 180, Unabhängige 5856. Gewählt sind: 8 Zentrumspartei, 3 Mehrheitssozialisten, 1 Demokrat und 1 Deutsche Volkspartei.

Düsseldorf.

S. P. D. 161 407, Unabhängige 5747, Zentrum 298 237, Deutsche Volkspartei 62 311, Deutsche Demokraten 39 262, Deutsch-Nationale 38 411.

Hessen-Nassau.

(Vorläufiges Wahlergebnis): Demokraten (Luppe) 175 000 (4 Sitze), S.P.D. 354 000 (7 Sitze), Deutschnatl. Vp. (Veidt) 71 000 (1 Sitz), Deutsche Volkspartei (Rieser) 46 000 (1 Sitz), Zentrum (Müller-Fulda) 106 000 (2 Sitze), U. S. P. (0 Sitze).

Das vorläufige Wahlresultat im Wahlkreis Münster—Minden—Schaumburg—Lippe ist folgendes: U. S. P. 20 872, Zentrum 405 871, S. P. D. 290 831, Deutschnatl. 81 389, Demokraten 94 186, Volkspartei 62 799, Christlichsoziale 630. Es entfallen auf die verbundenen Listen des Zentrums, der Deutschnatl. Volkspartei und der Deutschen Volkspartei 8 Abgeordnete (davon auf das Zentrum 6), die der Sozialdemokraten 4 und die der Deutschen demokratischen Partei 1 Kandidaten.

Münster, Minden und beide Lippe.

Christl. Vp. 405 871, sechs Sitze, S. P. D. 290 831, vier Sitze: Severing, Janschek, Schreck und Schlüter. Dem. 94 186, ein Sitz, Deutschnat. Vp. 81 389, ein Sitz, Vp. 62 799, ein Sitz.

Bayern.

Nach einer vorläufigen Berechnung würden von den 45 Sitzen Bayerns für die Deutsche Nationalversammlung erhalten: Bayerische Volkspartei (Zentrum) 18, Sozialdemokratische Partei 16, Deutsche Volkspartei 5, Bayerischer Bauernbund 4, Nationalliberale und Mittelpartei 2, Unabhängige 0, zusammen 45.

Oberbayern-Schwaben.

(Vorläufiges Wahlergebnis.) S. P. D. 333 009, Bauernbund 168 966, Nationalliberal 10 949, Bayer. Volkspartei 391 070, Deutsche Volkspartei 113 328, Republikaner 10, Unabhängige 40 885, Mittelstand 587. Nach vorläufiger unverbindlicher Berechnung entfallen demnach auf Wahlkreis Oberbayern-Schwaben: Sozialdemokraten 6, Bauernbund 2, Bayer. Volkspartei 6, Deutsche Volkspartei 1 Sitz.

Prozeß gegen das „Oltener Komitee". Bern, 21. Januar. (Meldung der Schweizer Depeschen-Agentur.) Am Montagnachmittag begann vor dem Divisionsgericht 3 die Verhandlung im Prozeß gegen 21 Mitglieder des Oltener Komitees der sozialistischen Parteileitung und des Gewerkschaftskomitees wegen Aufforderung zur Meuterei und Gefährdung der Sicherheit des Landes begangen durch Streikaufruf. Die Verteidigung erhob Einspruch gegen die Zuständigkeit des Militärs in einem politischen Prozeß. Der Ankläger Major Meier beantragt demgegenüber, das Gericht möge sich für zuständig erklären. Auf Grund der Militärgesetze sei es dazu berechtigt. Der Ankläger bestreitet, daß es sich um einen politischen Prozeß handelt. Kommenden Dienstag wird der Gerichtshof verkünden, ob er zur Führung der Verhandlung zuständig ist.

Genosse Schlicke, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes, ist, wie wir erfahren, zum Arbeitsminister für Württemberg ernannt worden.

Deutsche Delegierte für die internationale Sozialistenkonferenz. Berlin, 21. Januar. Auf der Internationalen Sozialistenkonferenz in Bern wird die deutsche Sozialdemokratie durch Hermann Müller, Otto Wels und Hermann Molkenbuhr vertreten sein.

Letzte Nachrichten.

Der Elektrostreik.

Das Wahlergebnis konnte nicht festgestellt werden.

Das Reichsamt des Innern beabsichtigte auf Grund der telegraphischen Meldungen, die von den Wahlkommissionen eingefordert waren, am Vormittag des 22. Januar im „Reichsanzeiger" eine amtliche Zusammenstellung der vorläufigen Wahlergebnisse herauszugeben, ist aber infolge des Streiks der Arbeiterschaft in den Berliner Elektrizitätswerken hierzu nicht in der Lage, da die Diensträume ohne Licht sind. Wann die Zusammenstellung bekanntgegeben werden kann, kann zurzeit noch nicht mit Bestimmtheit gesagt werden.

WTB zieht aus.

In einem gegenüber dem WTB liegenden Gasthause mit Gaslicht wurde eine fliegende Redaktion eingerichtet. Neben Gästen, die den Abend bei Glühpunsch oder Bier verbrachten, klapperten bald die Schreibmaschinen, eilten Boten mit den neuesten Depeschen herbei und liefen andere mit den zur Verbreitung nach außerhalb bestimmten Telegrammen hinaus zu der im Bureau verbliebenen Expedition, wo die Vervielfältigung und Versendung beim Scheine flackernder Kerzen und altväterischer Petroleumlampen vor sich ging.

Gewerkschaftsbewegung

Günstiger Stand des Fleischerverbandes.

In der Generalversammlung des „Zentralverbandes der Fleischer erstattete Krause den Geschäfts- und Kassenbericht. Redner hob hervor, daß die Organisation den 500 bis 600 Mitgliedern, welche hier in Berlin während des Krieges unter erschwerenden Umständen den Verband aufrechterhalten haben, Dank schuldig sei. Sie haben den Boden vorbereitet, auf dem wir jetzt aufbauen können. Der Stand der Organisation kann als sehr günstig bezeichnet werden. In den letzten zwei Monaten wurden 3224 neue Mitglieder gewonnen. Durch die Schließung der Militärkonservenfabriken ist ein erheblicher Verlust an weiblichen Mitgliedern zu verzeichnen, die in anderen Industrien Arbeit fanden. Gegenwärtig hat die Zahlstelle 3461 Mitglieder. An die Hauptkasse konnten für diese Zeit 18 026,81 M. abgeführt werden. Insgesamt wurden im Jahre 1918 an die Hauptkasse 29 728,56 M. überwiesen.

In allen Branchen haben lebhafte Bewegungen stattgefunden, die durchweg erfolgreich und gut verlaufen sind. Auf dem Berliner Viehhof haben wir eine straffe Organisation, die aus Solidaritätsgründen, um die große Zahl der Arbeitslosen unterzubringen, die Vereinbarung mit den Arbeitgebern getroffen haben, daß die Beschäftigten wochenweise aussetzen. Die Zahl der Arbeitslosen beträgt gegenwärtig 1200. Wenn es trotz dieser erschreckenden Arbeitslosigkeit in allen Branchen gelungen ist, ohne Streiks erhebliche Vorteile bezüglich der Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Mitglieder zu schaffen, so ist das sicher der beste Beweis für den Einfluß, den die Organisation heute bei den Arbeitgebern besitzt. Die geschaffenen Vorteile sind durch Tarifverträge gesichert. Gegenwärtig sind Verhandlungen im Gange, für die recht erhebliche Anzahl der Beschäftigten in den Roßwurstfabriken tarifliche Abmachungen zu treffen. Gefordert ist ein Lohn von 120 M. Ein Teil dieser Betriebe hat die Forderung bereits anerkannt. Die Arbeitgeber im Fleischergewerbe suchen durch allerlei Schikanen die Verträge zu lockern und zu durchbrechen. Die Kollegen in den einzelnen Betrieben müssen deshalb die strikte Durchführung derselben erzwingen.

Der paritätische Arbeitsnachweis ist noch nicht so weit gediehen, daß seine Einführung in allernächster Zeit zu erwarten ist. Die Innungen weigern sich, laufende Zuschüsse dazu zu gewähren, und die Stadt Berlin will nur 50 Proz. der Kosten tragen, so daß man annehmen kann, daß diese gemeinnützige Einrichtung aus Finanzgründen scheitern wird.

In der Diskussion bemängelt Gimser, daß in den Tarifverträgen keine Bestimmungen für die Kriegsbeschädigten enthalten sind. Urban und Pösel betonen, daß die veränderten politischen Verhältnisse es sind, die den Aufschwung der Organisation begünstigen.

Beschlossen wird auf Antrag der Vertrauensmänner, daß die weiblichen Mitglieder ab 1. Februar einen Lokalzuschlag von 10 Pf. pro Woche zu leisten haben. Der Beitrag beträgt für diese nunmehr 50 Pf. pro Woche. Desgleichen, daß in der nächsten Versammlung die Neuwahl des Vorstandes vorgenommen wird.

Groß-Berlin

Jeder Reichswähler in Preußen ist auch preußischer Wähler.

Sonntag wird gewählt.

Berlin ohne elektrischen Strom.

Die Arbeiter der städtischen Elektrizitätswerke Berlin sind in eine Lohnbewegung eingetreten. Die Verhandlungen, die unter Mitwirkung des Volksbeauftragten Wissell und des Unterstaatssekretärs Robert Schmidt am Montag stattgefunden haben, endeten zunächst mit dem Vorschlag der Arbeitervertreter, die Angelegenheit dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu unterbreiten. Nachdem der Magistrat in einer sofort einberufenen Magistratssitzung diesem Vorschlag zugestimmt hatte, erklärten die Arbeitervertreter wider Erwarten am Dienstagmorgen, daß sich die Arbeiterschaft mit dem Anruf des Einigungsamtes nicht einverstanden erkläre, vielmehr auf restloser Bewilligung ihrer Forderungen beharren müsse. Dem Magistrat war es aber nicht möglich, die Forderungen, die teilweise auf eine Erhöhung der bisher gezahlten Löhne um über 60 Prozent hinausgehen, zu bewilligen.

Gestern abends gegen 5 Uhr erlosch plötzlich das elektrische Licht in großen Teilen Berlins und die Straßenbahnen blieben an Ort und Stelle stehen. Der Streik war eingetreten. Soweit einzelne Betriebe, insbesondere die Zeitungen, noch weiterarbeiten konnten, verdankten sie dies lediglich ihren eigenen oder Reserveanlagen für Stromlieferung.

Alsbald verbreiteten sich auch Gerüchte über einen neuen Aufstandsversuch zu dem erlauchten Zweck, Deutschland noch einige Ellen tiefer ins Elend hineinzudrücken. Die Sicherheitswachen wurden in erhöhte Alarmbereitschaft gesetzt, um allen Versuchen gewissenloser und verführter Menschen, die sich den Elektrostreik zur Betätigung ihrer verbrecherischen Neigungen zunutze machen wollen, gewachsen zu sein.

Die Ausschaltung der Straßenbahnen hatte natürlich sofort einen ungeheuren Ansturm auf die Hochbahn zur Folge. Der obere Bahnsteig des Bahnhofs Gleisdreieck war so drangvoll überfüllt wie sonst die Hochbahnwagen selbst. Das Aus- und Einsteigen vollzog sich hier und anderwärts unter unbeschreiblichem Drängen und Stoßen, die Fensterscheiben gingen sofort entzwei und es gab nicht wenige Verletzungen, zum Teil leider recht erhebliche.

Um den Strom der Akkumulatoren zu sparen, wurde abends der private Ortsfernsprechverkehr der Aemter Zentrum, Norden und Moritzplatz eingestellt. Wie uns mitgeteilt wird, würde die Oberpostdirektion sich bei Fortdauer des Streiks gezwungen sehen, am Mittwochmittag den gesamten Fernsprechverkehr einzustellen.

Wie wir hören, soll keine Aussicht bestehen, daß der Betrieb der B. E.-W. noch in der Nacht zum Mittwoch aufgenommen wird. . . .

Die Stillegung der Elektrizitätsversorgung

einer Viermillionenstadt ist eine Katastrophe von größtem Umfang. Mitten im Winter wird die Arbeitszeit der allerwichtigsten Betriebe und Aemter auf die wenigen Tageslichtstunden beschränkt. Fabriken, Druckereien, Werkstätten werden der Antriebkraft beraubt, Hunderttausende von Familien sitzen in dieser Zeit, wo man sich weder mit Kerzen noch mit Petroleum- oder Spiritusbeleuchtung Ersatz schaffen kann, im Dunkeln. Alle Folgen lassen sich gar nicht auf einmal übersehen. Mit zu den bedenklichsten Folgen gehört natürlich die ungeheure Erschwerung der ärztlichen Versorgung durch die Stillegung des Verkehrs, der Beleuchtung und des Antriebstroms für Apparate. Wie wir hören, besteht in den Kreisen der angestellten, und zwar zu sehr niedrigen Sätzen angestellten und bisher pflichttreu arbeitenden Aerzteschaft eine wachsende Stimmung angesichts der so häufigen wilden Streiks diesem Beispiel einmal zu folgen. Wenn eine für die Gesamtheit so lebenswichtige Arbeit wie die Elektrizitätswerke einfach ausscheidet, so ist es schließlich auch nicht mehr undenkbar, daß die Aerzte streiken. Wenn wir schon zugrunde gehen müssen, ist es ja auch besser, es geschieht möglichst schnell!

Der fehlende Straßenbahnverkehr und die Verdunkelung brachten es mit sich, daß die Straßen bereits in den frühen Abendstunden sich leerten. Es herrschte in der inneren Stadt eine ganz verblüffende Ruhe, wie man sie schon seit geraumer Zeit nicht beobachten konnte, sogar die Herren Dachschützen schienen schlafen gegangen zu sein.

Der Spartakus-Prozeß.

Durch Ausbebung der Spartakus-Besatzungen und Einzelverhaftungen sind seit dem 11. Januar im Ganzen rund 1200 Personen festgenommen worden, von denen bisher ungefähr die Hälfte wieder entlassen worden ist.

Die bisherige Untersuchung scheint zu ergeben, daß unter den Führern des Spartakusbundes weniger Schuldige zu finden sind, als man annahm. Die Leitung des Bundes soll den Putsch mißbilligt und dessen unglücklichen Ausgang vorausgesagt haben. Es herrschte eine scharfe Stimmung gegen Liebknecht, der im Verein mit linksstehenden Unabhängigen das wahnsinnige Unternehmen begann, ja es soll die Absicht bestanden haben, ihn wegen seines Unbedachts baldmöglichst aus der Leitung des Bundes zu entfernen. Sonach wäre es also garnicht zum Losschlagen gekommen, wenn nicht gewisse Elemente der Unabhängigen Liebknecht unterstützt hätten, statt ihn zu warnen und ihn zurückzuhalten. Diese Elemente sind es aber gerade, die jetzt die Sozialdemokratie für alles entstandene Unheil verantwortlich machen möchten.

Das Wahlergebnis in Berlin Abt. 6. Eingetragene Wähler: 25 036, abgegebene Stimmen: 20 036. — Scheidemann 10 168, Eichhorn 2251, Naumann 3011, Laverrenz 1933, Kahl 1295, Pfeiffer 1276, ungültig 82. — In 13 Wahlbezirken der Abteilung stimmten 85—90 Proz. ab, dagegen im 94. merkwürdigerweise kaum 60 Proz.

Der Tod Liebknechts als Agitationsstoff.

Die Garde-Kavallerie-Schützen-Division teilt mit: „Nach Angabe der „Freiheit“ hatte die Garde-Kavallerie-Schützen-Division vor der Obduktion Tatsachen über den Leichenbefund veröffentlicht. Nach Kenntnis dieser Mitteilung erhob die Division sofort dagegen Einspruch; sämtliche Zeitungen, selbstverständlich nicht die „Freiheit“, nahmen die Richtigstellung der Division auf. Auch die „Freiheit“ wußte zwar von dieser Berichtigung, hielt es aber für zweckmäßig, den Tatbestand ihren Lesern zu verheimlichen und nochmals dieselbe Beschuldigung gegen die Division zu erheben. Die Division sah sich daraufhin veranlaßt auf Grund des § 11 des Preßgesetzes von der „Freiheit“ eine Berichtigung zu verlangen. Es versteht sich bei der Kampfesweise dieses Blattes von selbst, daß die Berichtigung, obwohl sie durch Rohrpostbrief dem verantwortlichen Redakteur zugestellt worden war, von ihr nicht veröffentlicht wurde. Es paßt den Herren der U. S. P. D. eben nicht in ihren Plan, daß die von namhaften Gelehrten vorgenommene Obduktion die Aussagen der Begleitmannschaften Liebknechts bestätigt. Statt zur Beruhigung der Bevölkerung beizutragen, verschweigen sie wichtige Tatsachen, wenn sie sich, nach den Worten des Hauptführers der U. S. P. D., „leider nicht zur Agitation eignen“.

Der Vollzugsrat Groß-Berlins

wählte zu Vorsitzenden die Genossen Richard Müller und Paul Neue. Der Bericht der Kommission, die mit den Volksbeauftragten verhandelt hatte, um die mit dem starken Militäraufgebot verbundenen Mißstände zu beseitigen und die Kommandanturverhältnisse zu regeln, stellte den V.-R. nicht zufrieden. Die Kommission wurde erneut beauftragt, mit den Volksbeauftragten zu verhandeln, um folgende Punkte zu erledigen:

1. Aufhebung der Bürgerwehr und Freiwilligenkorps.
2. Regelung der örtlichen Kommandogewalt.
3. Aufhebung der Werbeannoncen in der Presse.
4. Abgabe sämtlicher Waffen in den Militärdepots.

Weiter beschäftigte sich der V.-R. mit dem Untersuchungsverfahren, die Tötung Liebknechts und Luxemburgs betreffend. Er ist einstimmig der Meinung, die Verantwortung über das Ergebnis der Untersuchung nicht übernehmen zu können, wenn das Ermittlungsverfahren in den Händen der „Garde-Kavallerie-Schützen-Division bleibt. Es wird darum beschlossen, den Rat der Volksbeauftragten zu ersuchen, eine Sonderkommission zur Untersuchung der beiden Mordsachen auf dem Verordnungswege schnellstens einzusetzen.

Hierzu sei bemerkt, daß bisher die Justizgesetze nicht aufgehoben oder geändert worden sind. Diese übertragen die Rechtspflege den bestehenden Gerichten.

Die neuen Hochbahnfahrpreise infolge der Lohnerhöhungen betragen:

	3. Klasse	2. Klasse
bis zum 5. Bahnhof	20 Pf.	30 Pf.
„ „ 8. „	30 „	40 „
„ „ 9. „ und weiter	35 „	45 „

Die Tabelle zeigt, daß jetzt nur noch drei Fahrpreiszonen bestehen, während früher für die Fahrten über 12 Bahnhöfe hinaus noch ein weiterer Aufschlag erhoben wurde, der jetzt fortfällt. Militärfahrkarten, gültig in 3. Klasse für die ganze Strecke, kosten 20 Pf. Frühverkehrskarten fallen fort!

Der neue Tarif tritt heute, Donnerstag, in Kraft.

Die Erhöhung war vorauszusehen. Die Abschaffung der Frühverkehrsermäßigung ist aber eine Maßnahme, die sich direkt gegen die Massen der Arbeiter und Angestellten richtet.

Arbeitslose Parteimitglieder!

Zur Wahlarbeit für die Preußenwahlen brauchen wir noch mehrere Hundert Helfer. Meldungen Luisenstraße 26, im Laden, unter Vorlegung des Mitgliedsbuches.

Arbeiterräte und Obmänner der Kriegsgesellschaften.

Donnerstag, den 23. Januar 1919, vormittags 9½ Uhr, im Abgeordnetenhause, Prinz-Albrecht-Straße, Festsaal (1 Tr.): dringende Sitzung. Erscheinen Pflicht. Der Einberufer.

Arbeiter-Turner Berlins!

Die Aufforderung in der Sonntagsnummer dieses Blattes, gezeichnet J. A.: Fritz Strühm, Neukölln, Pannierstr. 13, wird vom Vorstand des Turnvereins „Fichte“ nicht gebilligt. Solches Unternehmen führt zur Spaltung und liegt nicht im Interesse der Arbeiterturnbewegung.

Von der Kirche zur Urne. Herr Pfarrer Dr. Hollmann in Nikolassee schreibt uns zu dieser am Wahltag von uns gebrachten Notiz, daß ihm jegliche Wahlbeeinflussung ferngelegen habe. Der geplante, aber infolge des allgemeinen Verbots nicht ausgeführte gemeinsame Zug zur Urne sollte „lediglich zum Ausdruck bringen, daß wir nicht bloß als deutsche Staatsbürger zur Wahl gehen wollten, sondern auch zugleich als treue Glieder unserer evangelischen Kirche, entschlossen, für die Lebensrechte unserer Kirche einzutreten“. Wir erlauben uns, darin die Absicht einer politischen Kundgebung zu erblicken, zu der wir selbstverständlich jedermann das volle und gleiche Recht zugestehen, die uns aber mit der Kirche nichts zu tun zu haben scheint.

Für die Opfer des Vorwärtskampfes gingen bei uns ein: Max Kemkel 5,00 M., R. Heinrich 5,00 M., C. Aulich 3,00 M., G. Knitter 5,00 M., P. Horn 3,00 M., F. Pottmann 100,00 M., H. Ende 20,00 M., O. Thom 5,00 M., Ph. Schmitt 5,00 M., F. u. E. Fritz 1,00 M., A. Lehfeld 3,00 M., E. Weber 5,00 M., A. Müller 15,05 M., Kodanel 6,00 M., Dr. Ettinger 75,00 M., Gutmann u. Meyer 10,05 M., Bernhard Strohmandel 20,00 M., L. Fiebler 5,00 M.

Schweizerbürger, die im Konsularbezirk Berlin, d. h. in Brandenburg, Sachsen, Posen, Schlesien und Pommern wohnen, werden hiermit in ihrem eigenen Interesse ersucht, die Gültigkeit ihrer Pässe nachzuprüfen. Blattpässe aus den Jahren 1914 und 1915 sind ungültig, ebenso alle, deren Gültigkeitsdauer abgelaufen ist. Ungültige Pässe sind sofort bei der Schweizerischen Gesandtschaft in Berlin, Friedrich-Wilhelm-Straße 11, erneuern zu lassen. Am gleichen Orte können sogenannte „Schutzbriefe“ (mit Schweizerwappen) gratis bezogen werden. Als Legitimation für die Bezugsberechtigung sind vorzulegen: gültiger Schweizerpaß und ferner der Mietskontrakt oder ein Polizeiausweis, der die Wohnung des Petenten amtlich genau feststellt oder ein analoger Ausweis.

Der Schweizerische Gesandte.

Verbleib deutscher Behörden und Akten in Posen. Anfragen wegen des Verbleibs der Akten der Gerichtsbehörden und Justizkommissariate in den vormals besetzten Gebieten im Osten sind an folgende Stellen zu richten:

a) für Polen: an den Verwaltungschef Warschau (Abwicklungsbehörde) in Berlin, Luisenstr. 31a.

b) für Litauen: an die Abwicklungsstelle der Zivilverwaltung für Litauen, Berlin, Schlüterstr. 48.

c) für die baltischen Lande: an die Abwicklungsstelle der Zivilverwaltung für die baltischen Lande, Berlin, Potsdamer Str. 126.

Der Allgemeine Verband der Deutschen Bankbeamten veranstaltet Donnerstag, den 23. Januar 1919, abends 7½ Uhr, in Haverlands Festsälen, Neue Friedrichstr. 35, eine Versammlung der aus dem Felde zurückgekehrten Bankbeamten, in der über die Zurücksetzung der Kriegsteilnehmer gegenüber den nicht eingezogenen Beamten Protest erhoben werden soll. Referent: Benno Marx.

An der Humboldt-Akademie, Freien Hochschule werden Unterrichtskurse in den wichtigsten klassischen und allen wichtigen modernen Sprachen für Anfänger und Vorgeschrittene veranstaltet. Vorlesungsverzeichnisse und Hörerkarten sind im Kaufhaus des Westens, Herm. Tietz, in Buchhandlungen und Vereinsstellen erhältlich. Hauptbureau: C. 2, Neue Friedrichstr. 53/56, II, Zimmer 88.

Staats- und Gemeindebeamte. Nächste Versammlung der Vertrauenspersonen und des Werbeausschusses Donnerstag, 23. Januar, 6 Uhr, im Jugendheim, Lindenstr. 3. Beamte, die der S. P. D. als organisierte Mitglieder angehören, sind willkommen. Mitgliedsbuch vorzeigen!

Die Akademie der Buchsachverständigen wird diesen Monat einen Kursus über Bücher- und Bilanzrevisionen und Steuertechnik abhalten. Das Honorar wird sehr mäßig sein, da nur die Spesen gedeckt werden sollen und dürfte für die aus dem Felde Zurückgekehrten ein sehr reges Interesse haben. Anmeldungen sind an den Buchsachverständigen Georg Liebhaber, Berlin W 50, Rankestr. 29, zu richten.

Jüdischer Kulturverein „Borochow“, Linienstraße 139 III. Donnerstag, den 23. Januar, abends 7 Uhr, Vortrag von Genossen Dr. Teilhaber über: „Arbeiterkrankheiten“. Gäste willkommen!

Das Charlottenburger Wahlergebnis.

Liste Ebert (S. P. D.) 58 205, Zubeil (U. S. P.) 28 986, Dernburg (Demokr.) 44 852, Traub (Dnat.) 25 239, Kahl (D. V.) 23 894, Schönborn (Zentr.) 8254.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Mariendorf-Südende. Bis Freitag 125 Gramm Faustkäse. — Von Donnerstag, den 23. 1. bis Mittwoch, den 29. 1. Nähgarnverkauf an diejenigen Kunden, welche nachträglich eingetragen sind, nur gegen Vorlage der Lebensmittelkarte Mariendorf. Umschreibung der bis zum 14. d. M. ausgefertigten Schuhbezugsscheine bei der Ausfertigungsstelle während der üblichen Geschäftszeit gegen Vorlage des alten Scheines.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

3. Abteilung. Heute, abends 8 Uhr, Falk-Realgymnasium, Lützowstraße 84a.

10. Abteilung. Morgen Donnerstag, den 23. Januar, abends 7 Uhr: Versammlung bei Daus, Lausitzer Str. 46.

11. Abteilung. Morgen Donnerstag, abends 7 Uhr: Versammlung bei Zillmer, Schlesische Str. 27a.

29. Abteilung. Versammlung heute Mittwoch, den 21. Januar, abends 7 Uhr, nicht bei Burg, sondern bei Rochow, Schliemannstraße 32.

32. Abteilung. Heute Mittwoch, den 22. Januar, abends 7 Uhr, bei Katter, Gleimstr. 45, Ecke Sonnenburgstraße. Erscheinen ist Pflicht.

38. Abteilung. Heute Mittwoch, abends Punkt 8 Uhr, in der Aula des Luisen-Gymnasiums, Turmstr., Ecke Wilsnacker Str.: Versammlung. Erscheinen Ehrensache. Rauchen in der Aula nicht gestattet.

Die Vereinigung sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins ladet die Lehrerschaft Berlins zu einer Versammlung am 23. Januar, 5 Uhr, ins Lehrervereinshaus zu einem Vortrage des ehem. Mitgliedes des Reichstags Heinrich Schulz über das Thema: „Die Volksschullehrer und die Sozialdemokratie“.

Wilmersdorf. Heute Mittwoch: Oeffentliche Versammlung in der Aula des Bismarck-Gymnasiums, Pfalzburger Str. 31/32, abends 8 Uhr. Referent: Schriftsteller Kurt Heinig über „Die Sozialdemokratie und die preußische Landesversammlung.“

Freiwillige Helfer und Helferinnen, die sich für Sonntag, den 26. Januar, zur Verfügung stellen, wollen sich im Bureau Uhlandstr. 98/99 melden.

Steglitz. Mittwoch, den 22. Januar, abends 8 Uhr: Bezirksabend in den bekannten Lokalen. Die Bezirksführer holen das Material bei Clement, Düppelstr. 7, ab.

Tempelhof. Heute Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr, in der Aula der Gemeindeschule, Friedrich-Wilhelm-Straße: Mitgliederversammlung.

Morgen Donnerstag, den 23. Januar, abends 7½ Uhr, im Restaurant Tivoli, Lichterfelder Straße: Oeffentl. Versammlung.

Britz. Donnerstag, den 23. 1., abends 7½ Uhr, bei Raddatz, große öffentl. Volksversammlung. Referent Genossin Bohm-Schuch.

Stralau. Die Wahlvereinsversammlung findet nicht am Mittwoch, sondern am Donnerstag statt. Vorher Flugblattverbreitung, Treffpunkt ½6 bei Bollenbach.

Lichtenberg. Das „Logenkasino“, Knorrpromenade 2, fällt als Versammlungslokal für Mittwoch aus. Versammlungen finden statt bei: Hüpel, Wahlichstraße 61, Stöder, Jungstraße 29, Steinfels, Weichselstraße 27, Damaske, Krossener Straße 36, Meyer, Wühlischstraße 7, Tethmeyer, Kronprinzenstraße 18, Aula des Realgymnasiums, Prinz-Albertstraße 44, Krüger, Normannenstraße 38, Schwarz, Herzbergstraße 150, Restaurant zur Wartburg, Frankfurter Allee am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde, Kurkowski, Pfarrstraße 71. Tagesordnung: Die Aufgaben der preußischen Nationalversammlung.

Niederschöneweide. Donnerstag, den 23. 1., abends 7½ Uhr in der Aula der Gemeindeschule Berliner, Ecke Hasselwerderstraße. Referent Genossin Ryneck.

Briefkasten der Redaktion.

Jeder für den Briefkasten bestimmten Anfrage füge man einen Buchstaben und eine Nummer bei. Briefliche Auskunft wird nicht erteilt. Eilige Anfragen trage man in der juristischen Sprechstunde, Lindenstr. 3, 3. Hof links, 1 Treppen, 4 bis 7, Sonnabends 3 bis 5 Uhr nachmittags vor. Schriftstücke und Verträge sind mitzubringen.

Kanonier 1894. 1. Ja, in der Höhe von M. 2,— pro Tag. 2. Ja, [illegible] am Tage der Entlassung. — L. B. 65. 1. Die Einbehaltung des Lohnes halten wir für unzulässig. Es kann mit der Aussicht auf Erfolg geklagt werden. 2. Die Frage ist zweifelhaft. 3. Voraussichtlich nicht. — — 19. B. Zu einer solchen Entfernung ist der Vater berechtigt. — G. W. 100. 1. Ja, bis zum 15. Januar. 2. und 3. Ja. — E. P. 5. Leider nicht, falls der Betrag bereits gezahlt ist. — Arbeiterrat Schwarz, Brandau. Wenden Sie sich an die gewerkschaftliche Organisation bezw. an das Gewerbegericht in Spandau. — 12187 G. M. Holen Sie Auskunft ein Poststraße 5. — M. W. 100. 1 und 2. Nein. 3 und 4. Ja.

Ganz Berlin staunt über das Riesen-Sensations-Programm im Königstadt-Kasino-Theater, Alexanderstr. 21. Nach der Vorstellung: Tanz. Anfang 7 Uhr.

Opernhaus
Lohengrin.
Anfang 6½ Uhr.

Schauspielhaus
Ein halber Held.

Volksbühne
Theater am Bülowplatz.
Direktion Friedrich Kayßler.
7½ U.: Der Kirschgarten.

Direktion Max Reinhardt.
Deutsches Theater.
7½ Uhr: Und das Licht scheinet in der Finsternis.
Donn. 7½ U.: Und das Licht scheinet in der Finsternis.

Kammerspiele.
7½ Uhr: Gespenstersonate.
Donn. 8 U.: Ein Geschlecht.

Kleines Schauspielhaus
Fasanenstr. 1, Port. 5.
7½: Die Büchse der Pandora.
Donn. 7½ Uhr: Die Büchse der Pandora.

Theater i. d.
KöniggrätzerStraße
Dir.: C. Meinhard - R. Bernauer
7½ Uhr: Musik.
Donnerstag: Erdgeist.

Komödienhaus
an der Marschallbrücke
7½ Uhr: Tanzende Nymphe.
Donnerstag: Esel.

Berliner Theater
½8 Uhr: Sterne,
die wieder leuchten.

Lessing-Theater.
Direktion: Victor Barnowsky.
7½ Uhr: Der Schöpfer.
Donnerstag zum 1. Male: Der König.
Freitag: Der König.

Deutsches Künstler-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr:
Nachtbeleuchtung.
Heute nachm. 4 Uhr:
Die Reise ins Schlaraffenland.

Trianon-Theater.
Bhf. Friedrichstr. Ztr. 4927.2391
Nachm. 3½ Uhr kl. Preise:
Aschenbrödel.
Tägl. 8 U. Heute z. 129. Male:
Der gute Ruf
von Hermann Sudermann.

Residenz-Theater.
Bhf. Jannowitzbr. Kgst. 228.
Tägl. 8. Heute z. 425. Male:
Eugen Burg
in
Der Lebensschüler
von Ludwig Fulda.

Theater der Friedrichstadt.
Ecke Friedrich- u. Lindenstraße.
Norden 5600.
Täglich 7½. Zum 101. Male:
Drei tolle Tage.
Operette von Bolly.
v. Möllendorf, Hellmuth, Georg.

Casino-Theater.
Lothring. Str. 37. Tägl. ½8 Uhr:
Der erfolgreichste Schlager!
Die goldene Brücke.
Vorher erstklassige Spezialitäten und der urkomische Rügen.
So. 3½: Friede auf Erden.

Walhalla-Theater.
7½ Uhr:
August der Starke.

Rose-Theater.
7½ Uhr:
Das Dreimäderlhaus.
Gastsp. d. Friedr.-Wilh. Theat.

National-Theater.
7½ Prinzenliebe.

Luisen-Theater.
3 Uhr: Max und Moritz.
7½: Neue Heimat.
Sonnabend 3: Schneeweißchen und Rosenrot.
Sonntag 3: Neue Heimat.
Sonntag 7½: Die Räuber.

Winter-Garten
Bruno Schenk
(Eine Schaustellung seltsamster Wunderdinge!)
Willi Prager
Neue Vorträge.
Dr. Angelos
Lebender Marmor
Erry und Merry
Moderne Tänze
sowie der große
Varieté-Spielplan!

B T L
Potsdamer Str. 38
Turmstr. 12.
Lotte Neumann
im Filmspiel
Schweigen im Walde
II. Teil
Potsdamer Str. 38
Lotte Neumann
heute
persönlich anwesend!

Theater für Mittwoch, den 22. Januar.

Central-Theater 7½ Uhr: Die Rose von Stambul.	Lustspielhaus 7½ Uhr: Die spanische Fliege.
Deutsches Opernhaus 6 Uhr: Siegfried.	Palast-Theater 7½ Uhr: Die Piccolomini. 7½ Uhr: Der Mikado
Friedr.-Wilhelmst. Th. 7½ Uhr: Hannerl. Das Dreimäderlhaus 2. Teil.	Schiller-Theat. Charl. 7½ Uhr: Das Konzert.
Kleines Theater. ½8 Uhr: Tabula rasa. 2. 1. M.:	Thalia-Theater 7½ Uhr: Polnische Wirtschaft.
Komische Oper 7½ Uhr: Schwarzwaldmädel.	Th. am Nollendorfplatz 3 Uhr: Götz von Berlichingen. 7 U.: 3 alte Schachteln
Neues Operettenhaus Schiffbauerd. 4a, Norden 281. 7½ Uhr: Die keusche Susanne. Ballett Charell, neue Tänze.	Theater des Westens 7½ U.: Die lustige Witwe. Sonnab. 4 Uhr: Aschenbrödel.
Metropol-Theater. 7 Uhr 30: Die Faschingsfee.	Wallner-Theater 7½ Uhr: Geisha. Sbg. 3.15: Graf Habenichts.

Metropol-Kabarett
Behrenstraße 54-56.
Dir. Alex Braune.
Künstl. Leitung: Siegmund Platow.
Das vorzügl. Januarprogramm
mit
Anni Wilkens-Schulhoff
Horwitz-Spiro :: Karl Stöhr
Rob. Nesemann, Elli Gläßner, Otto Röhr
Gygyi-Konzerte.
Vorzügliche Küche und Getränke.
6½ Uhr

Ausschuß für Volkskunstabende.
Sonntag, 26. Januar, nachmittags 3 Uhr:
Meistersaal, Köthener Str. 38 (am Potsdamer Platz):
Dichtungen von Ernst Kreowski.
Vorlesung: Margarete Walkotte.
Violinsoli: Siegfried Fournes. Flügel: Alida Hecker.
Karten 2 M. b. Horsch, Engelufer 15, u. Wertheim, Leipz. Str.

Intimes Theater
am Nollendorfplatz.
Bülowstr. 6. Lützow 2303.
Das neue
Januar-Programm.
Erstklassige
Spezialitäten.

DOM
Morgen, Donnerst. 23. Jan., abends 8 Uhr
Orgel-Konzert
Walter Fischer.
Mitwirkende:
Frau Paula Werner-Jensen (Alt), Herr Konzertmeister Rudolf Deman (Violine).
Eintritt frei geg. Entnahme eines Programms.

Apollo Theater
Friedrichstr. 218
Dir.: James Klein.
7½, Sonnt. 3½ u. 7½
Persönlich. Auftreten
d. weltb. Komponisten
Gilbert
Ders. dirigiert seine eig. neuen Komposit. b. verstärkt. Monstre-Orchester. Komponist der „Polnischen Wirtschaft" — „Keuschen Susanne" — „Puppchen" — „Kino-Königin" usw.
Afra?! Das Rätsel die Welt-Sensation sowie d. übrige gr. Varieté-Programm.
Sonnt. 3½ U. jed. Erw. 1 Kind frei!
Theaterk. ab 10 U. geöff.

Circus Busch
Tgl. 7½, Sonnt. 3½ u. 7½
2 Rolands 2
Handstandskünstler.
Exotischer Dressurakt,
vorgeführt von
SSAHIB NADCHURA
sowie die übr. Nummern.
Zum Schluß:
Die bereits über 125 mal unter groß. Beifall aufgef. Phantast. Pantom. „Oberon"
m. d. groß. Wasser-Effekt:
Die ries. Sturzwellen.
Tanz der Elfen
auf den Wasserrosen.

Admiralspalast.
Anfang 8 Uhr,
Sonntag 4 und 8 Uhr.
Ende 10 Uhr.
Prinzessin von Tragant.
Wer ist die Schönste?
Sajdah.
Warme Speisen auf allen Plätzen.

Fledermaus
Unter d. Linden 14
5-Uhr-Tanz-Tee
7 Uhr abends
das
Große Programm

Admirals-Kino.
Paulchen Semmelmanns Flegeljahre.
Paul Heidemann!

Wie ein Wunder
beseitigt
San.-Rat Dr. Strahl's Haussalbe
jed. Hautausschl., Flecht., Hautjuck., bes. Beinschad., Krampfadern d. Frauen u. dergl., in Originaldos. 2.25, 4.25, 7.50 erhältlich in der „Elefanten-Apotheke" Berlin SW 19, Leipziger Straße 74 (a. Dönhoffpl.)

Reichshallen-Theater.
Allabendlich 7½ Uhr und Sonntag nachm. 3 Uhr:
Stettiner Sänger.
Nachm. ermäßigte Preise!

Gute Ballmusik
Prachtsäle des Westens
Spichernstr. 8 (Untergrundbahnhof Nürnberger Platz)
Jeden Dienstag, Mittwoch, Donnerstag und Sonntag: Gr. Ball
Sonntags Anfang 3 Uhr, wochentags Anfang 6 Uhr
Gute Ballmusik

Hohenstaufen-Vergnügungs-Palast
Kottbuser Damm 76 (Hohenstaufen-Säle)
Täglich Kabarett und Tanz.
Das große Januarprogramm.
Mittwoch, den 22. Januar 1919:
Einmal. Auftreten des berühmten Tänzerpaares
Jodl.
Erstmalige Vorführung des Fox-Trott-Tanzes.

Ausstellungshalle Zoo.
Ausstellung vollkommen eingerichteter
: kleiner Familien- und Wohnhäuser. :
Eintritt M. 1,—. 136/3*

Linden-Restaurant
Tonndorf-Betriebe — Ed. Arno Tonndorf
Friedrichstr. 87 — Unter d. Linden 44
Allseitig
gerühmte Verpflegung
●
Musik:
Kapelle Pörtner

Lichtenberg.
Sozialdemokratische Partei Deutschlands. (S. P. D.)
Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr, finden an nachfolgenden Stellen Versammlungen statt:
Göbel, Wühlischstraße 30,
Stöber, Jungstraße 29,
Steinfeld, Weichselstraße 27,
Hamann, Frankfurter Straße 38,
Meyer, Wühlischstraße 7,
Theimeyer, Kronprinzenstraße 18,
Aula des Pestalozzilyzeums, Prinz-Albert-Straße 44
Krüger, Normannenstraße 38,
Schwarz, Herzbergstraße 150,
Restaurant „Zur Wartburg", Frankfurter Allee, am Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde,
Kurkowski, Pfarrstraße 74.
Tagesordnung:
Die Aufgaben der Preuß. Nationalversammlung.
Alle, die mit unsern Bestrebungen sympathisieren, sind eingeladen. 243/18

Deutscher Holzarbeiter-Verband
Verwaltung Berlin.
Tel.: Amt Moritzplatz 10630, 8578. Bureau: Rungestr. 30.
Branchen-Versammlungen:
Kamm- und Haarschmuckarbeiter und Arbeiterinnen.
Donnerstag, den 23. Januar, abends 6 Uhr, in Doerfers Festsälen, Wedelstr. 17.
Tagesordnung:
1. Bericht der Kommission. 2. Neuwahl der Kommission.
3. Aufstellung der Delegierten zur Generalversammlung.
4. Verbands- und Branchenangelegenheiten.
Küchenmöbeltischler.
Sonntag, den 26. Januar 1919, vormittags 10 Uhr, im Englischen Hof, Alexanderstr. 27c.
Tagesordnung:
1. „Unsere Branchen während der vier Kriegsjahre." Referent: Kollege Peters. 2. Neuwahl der gesamten Branchenkommission. 3. Aufstellung der Kandidatenliste zur Wahl der Delegierten für die Generalversammlung.
4. Branchenangelegenheiten und Verschiedenes.
81/20 Die Ortsverwaltung.

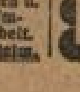
Deutscher Metallarbeiterverband
Verwaltungsstelle Berlin — N 54, Linienstr. 83—85.
Geschäftszeit von 9—1 Uhr und von 4—7 Uhr.
Telephon: Amt Norden 185, 1239, 1987, 9714.
Donnerstag, den 23. Januar 1919, abends 6 Uhr:
Branchenversammlung
der Metallschleifer und Galvaniseure
in Heinrichs Festsälen, Große Frankfurter Str. 30 (gr. Saal).
Tagesordnung:
1. Unsere Stellungnahme zum Kollektivvertrag. 2. Neuwahl des Branchenvertreters und der gesamten Kommission.
3. Verschiedenes.
Es ist Pflicht aller Kollegen, pünktlich zu erscheinen.

Donnerstag, den 23. Januar 1919, abends 8 Uhr:
Branchenversammlung der Metalldreher
im Gewerkschaftshaus, Engelufer 15, Saal 10.
Tagesordnung:
1. Aussprache über den Kollektivvertrag. 2. Diskussion.
3. Werkstattangelegenheiten. 125/11
Das Erscheinen der Mitglieder ist dringend erforderlich.
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.
Die Ortsverwaltung.

Vereinigung sozialdemokr. Lehrer und Lehrerinnen Groß-Berlins.
Donnerstag, 23. Jan., 5 Uhr, im Lehrervereinshaus
Freie Lehrerversammlung.
Redner: Heinrich Schulz, ehem. M. d. R., M. d. Nation.-Vers.
Thema:
Die Volksschullehrer und die Sozialdemokratie.
207/9 Der Propaganda-Ausschuß.

Ingenieure, Techniker, Chemiker, Werkmeister!
Donnerstag, 23. Januar, abends 7½ Uhr:
Große
Technikerversammlung
in den Pharussälen, N, Müllerstraße 142.
Thema: Die Sozialisierung der Betriebe.
Redner: Redakteur Kaliski, Ingenieur Steiemer.
Freie Aussprache. Gegner höflichst eingeladen.
Um zahlreichen Besuch bittet 207/6*
Der Propaganda-Ausschuß.

Versteigerung.
Sonnabend, den 25. 1. 19, vorm. 11 Uhr, findet Verkauf mehrerer auf Tempelhofer Feld stehender 6062*
hölzerner Baracken
auf Abbruch gegen Barzahlung statt. Versammlungsort der Interessenten Steuerhäuschen an Tempelhofer Chaussee.
Berlin, den 21. 1. 19. Garnisonverwaltung I.

Vom Felde zurück und militärfrei, führe meine Zahnpraxis wieder persönlich. Habe für meine Patienten beste Materialien (so gut w. in Friedensz.) gesichert
Zahnziehen, Zahnfleisch-Betäub., Zähne u. (a. platten), Reparaturen u. Umarbeit.
Sprechz. 9—2, 4—7

Eckstein, Wallstr. 1, Eing. Spittelm.

Sozialdemokratische Partei Deutschlands.
Mittwoch, den 22. Januar, abends 7½ Uhr:
10 gr. Wählerversammlungen
in folgenden Sälen:
Habels Brauerei-Ausschank, SW, Bergmannstraße 5/7.
Lessing-Gymnasium, N, Pankstraße 19.
Aula der Schule, N, Wiesenstraße 66.
81. Gemeindeschule, N, Tilsiter Straße 4/5.
Comeniussäle, O, Memeler Straße 67.
Aula der Schule, W, Pallasstraße 15.
" " " W, Winterfeldtstraße 16.
Bürger-Festsaal, Friedenau (Rathaus).
Bismarck-Gymnasium, Wilmersdorf, Pfalzburger Straße 31—32.
Neue Rathaussäle, Schöneberg, Martin-Luther-Straße 69.
Thema:
Die Bedeutung der Preußenwahl!
Redner: Dr. Foth, Hartmann, Klingler, Mattern, Meyer, Nitschke, Nickelt, Thurau, Weiß, Wuschick.
Der Propaganda-Ausschuß.

Sozialdemokrat. Partei Deutschlands.
VII. Abteilung.
Donnerstag, den 23. Januar, pünktlich abds. 8 Uhr, in der Aula Tempelhofer Ufer 2:
Oeffentl. Frauenversammlung
Tagesordnung:
Vortrag von Frau Wally Zepler:
Die Stellung der Frau in der heutigen Politik.
Um zahlreiches Erscheinen bittet 208/13
Der Abteilungsvorstand.

Schwerhörige!
Heute, Mittwoch, den 22. Januar cr., abends 7½ Uhr, im Luther-Lyzeum, Tempelhofer Ufer 2 (am Halleschen Tor) Hof 2 Tr.:
Versammlung.
Tagesordnung:
Vortrag über: „Demokratie und Sozialismus".
Referent: Genosse Lehrer Otto.
Schwerhörige Parteigenossen, Gewerkschaftler u. „Vorwärts"-leser sind hierzu eingeladen. 197/1

Karten werden nicht versandt.
Nach schwerem Leiden erlöste ein sanfter Tod am Sonnabend, den 18. d. Mts., unseren lieben guten treusorgenden Mann und Vater
Franz Werner
Direktor der Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels zu Berlin
im 68. Lebensjahre. 899D
Annemarie Werner geb. Hoth.
Lotte Marie Werner, Hilfsschwester vom Roten Kreuz.
Die Trauerfeier und Einäscherung findet am Sonnabend, den 25. d. Mts., 3 Uhr nachmittags, im Krematorium Berlin, Gerichtstr. 37/38, statt.
Kranzspenden und Beileidsbesuche dankend verbeten.

Am 18. Januar verschied in Wald-Sieversdorf, wo er Heilung von schwerer Krankheit suchte, unser Vorstandsmitglied
Herr Direktor Franz Werner
im 68. Lebensjahre. 898D
Annähernd 40 Jahre gehörte er in leitender Stellung unserer Genossenschaft an, deren Gedeihen und Erstarken er in rastloser, zielbewußter Arbeit förderte. Unseren Mitgliedern war er die vielen Jahre hindurch ein bereitwilliger Berater, uns selbst ein leuchtendes Vorbild von Pflichttreue und Berufsfreudigkeit und ein treuer Freund, dem wir dauernd ein ehrendes Andenken bewahren werden.
Vorstand und Aufsichtsrat
der Genossenschaftsbank des Stralauer Stadtviertels zu Berlin.
Eingetragene Genossenschaft mit beschränkt. Haftpflicht.
Die Trauerfeier und Einäscherung findet Sonnabend, den 25. Januar, nachmittags 3 Uhr, im Krematorium, Gerichtstraße 37/38, statt.

Berliner Illustrirte Zeitung
Sonder-Nr.
Berliner
„Sturm-
Tage"
PREIS: 1 Mark
In Buchhandlungen, Ullstein-Filialen und Zeitungskiosken

Abbruchsobjekte jeden Umfangs,
Heeresgerät aus der Demobilisierung
von größerer, technisch gut eingerichteter Firma zu erwerben gesucht. Vermittler gut honoriert. Offerten unter L. H. 5059 an Rudolf Mosse, Dresden. 6/15*

Wer — Stoff — hat
Fertige Anzug, Sitz tadellos, von 40 M. an.
Eigen. Stofflager. Ev. Teilzahl.
Färben, Aendern, Wenden!
Karte, falls Besuch erwünscht.
Mode-Atelier Berolina,
Landsberger Str. 65,
Alexanderplatz. Alexand. 1134

Korke,
Wein und Sekt,
kauft zu höchsten Preisen
R. Nachemstein, G. m. b. H.,
Charlottenburg, Windscheidstraße 5.*

Pächter!
Ballgarderobe, Toilette, Konfitüren-, Photographenstand, Treptow, Blum.-, Photograph.-stand usw. hat zu verpachten Selbiger, Oranienburg. Str. 66.

Deutscher Bauarbeiter-Verband.
Verein Berlin.
Bezirk Weißensee.
Am 17. Januar starb unser Mitglied, der Putzer
Otto Kohl.
Die Beerdigung findet heute nachmittag 3 Uhr, auf dem Gemeinde-Friedhof in der Röldestraße statt.
Bezirk Norden.
Am 18. d. M. starb unser Mitglied, der Putzer
Heinrich Walsch.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, nachm. 4 Uhr, auf dem Thomas-Kirchhof in Neukölln statt.
Ehre ihrem Andenken!
Um rege Beteiligung ersucht
142/3 Der Vorstand.

Am 15. Januar, abends 9½ Uhr, entschlief sanft nach schwerem Leiden, infolge eines traurigen Unglücksfalles, mein lieber Mann und liebevoller Vater meines Kindes, Bruder und Schwager
Reinhold Most
im blühenden Alter von 23 Jahren. 637b
In tiefem Schmerz
Ida Most geb. Lorenz.
Neukölln, Pflügerstr. 24.
Die Beerdigung findet Donnerstag, nachmittags 3½ Uhr, auf dem Neuköllner Gemeindefriedhof, Mariendorfer Weg statt.

Danksagung.
Für die liebevolle und zahlreiche Anteilnahme bei der Einäscherung und Beisetzung meines lieben Mannes und guten Vaters 793
Karl Pfaffe
sagen wir allen Beteiligten unseren aufrichtigsten Dank.
Ww. Hedwig Pfaffe
u. Kinder, Eltern u. Geschwister.

Ehrenerklärung.
Nehme den Verdacht von Herrn Liebold, Stuttgarter Platz; erkläre ihn für einen ehrenhaften Mann.
Bethke,
Charlottenburg, Stuttgarter Platz 5. 122a

Zigarren
100 Stück v. 40 Mk. an.
Zur Probe 10 Stück M. 4.—, 6.—, 9.—, 12.—, 15.—, 20.—.
Zigaretten
vorrätig.
L. Mannheimer, Berlin,
Bergmannst. 1, I (naheKreuzb.)

Suche Piano.
Asser, Flensburger Straße 1.
Tel.: Moabit 7310.*

Ankauf von Juwelen,
Große Brillanten,
Perlenkolliers u.
sonstig. Edelsteinschmuck kauft
a. graf & Co., G.m.b.H.
Berlin, Kanonierst. 9*